

# BIOMETRIE



„Es ist sogar  
noch schlimmer geworden“

Pensionszuerkennungen:  
Tendenz fallend

Pflegeversicherung: seitwärts  
auf niedrigem Niveau



Die beste  
Alternative zu Plan A:

# Plan B

## Berufsunfähigkeitsversicherung

Karriere. Wünsche. Ziele. Um Pläne zu finanzieren, verlassen sich Ihre Kundinnen und Kunden auf Ihre Arbeitskraft. Doch was, wenn die Arbeitskraft verloren geht? Durch Unfall, Krankheit oder andere Schicksalsschläge? Dann kann die richtige Vorsorge Existenzen absichern – mit Plan B, der Berufsunfähigkeitsversicherung der Merkur Lebensversicherung.

[www.merkur-leben.at](http://www.merkur-leben.at)

Weil ich das Wunder Mensch bin.

**merkur**   
LEBENSVERSICHERUNG

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Die Frage, wie man die Berufsunfähigkeitsversicherung in Österreich fördern könnte, ist wohl ein Dauerbrenner in der Branche. Und so stand dieses Thema auch im Mittelpunkt unseres Round Table, zu dem wir uns in Vorbereitung für das aktuelle Magazin mit Versicherungsexperten trafen.

Schon 2008 stellte das *VersicherungsJournal* in einem Online-Beitrag fest, dass Millionen Österreicherinnen und Österreicher ungeschützt sind, wenn sie berufsunfähig werden. Und auch unsere Diskussionsrunden der vergangenen Jahre drehten sich stets um die niedrige Versicherungsdichte. Wir wollten wissen, ob sich die Situation inzwischen entspannt hat, wie es um den Risikoappetit der Versicherer steht und welche Rolle staatliche Maßnahmen spielen könnten. Daneben ging es auch darum, wie komplex bzw. aufwendig „die BU“ in der Beratung ist und wie Versicherer Vermittler dabei unterstützen können, den Verkauf zu fördern. Wir fassen in unserem Beitrag die interessantesten Aussagen zusammen.

Im Anschluss beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Informationen zu einer Berufsunfähigkeitsversicherung abseits der Branchenwebsites im Internet zur Verfügung stehen. Während es in Deutschland dazu vielfältiges Material gibt, bleiben die Resultate hierzulande in überschaubarem Rahmen. Wir haben uns angesehen, wie die private BU-Versicherung in Österreich gesehen wird und welche Informationsquellen es gibt.

In einem weiteren Beitrag beleuchten wir die Pensionszuerkennungen wegen geminderter Arbeits- bzw. Erwerbsfähigkeit durch die Sozialversicherungen. Der Trend sinkender Zahlen hat sich zuletzt weiter fortgesetzt, während die Zahl der Anträge seit Jahren relativ konstant bleibt.

Und schließlich geht es auch noch um die Pflegeversicherung. Die Nachfrage bleibt gering, obwohl der Bedarf an Pflegeleistungen in den kommenden Jahren steigen dürfte. Warum das so ist und welche Möglichkeiten es gibt, die Pflegeversicherungsdichte zu steigern, haben wir einige heimische Versicherer gefragt.

Ich darf Ihnen wieder eine interessante Lektüre wünschen.

„Es ist sogar noch schlimmer geworden“

4

Gesucht und ein wenig gefunden

12

Pensionszuerkennungen: Tendenz fallend

16

Pflegeversicherung: seitwärts auf niedrigem Niveau

20



**MARIUS PERGER, HERAUSGEBER**

#### IMPRESSUM

**Herausgeber und Verleger:** FinanzMedienVerlag Ges.m.b.H., 1180 Wien, Gentzgasse 15 **Für den Inhalt verantwortlich:** Marius Perger und Klaus Schweinegger; für namentlich gekennzeichnete Artikel der jeweilige Autor **Produktion:** FinanzMedienVerlag Ges.m.b.H., 1180 Wien, Gentzgasse 15 **Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau, Druckhausstraße 1 **Anzeigenpreise:** Es gilt der Werbetarif 2024 **Offenlegung nach §25 Mediengesetz:** Medieninhaber FinanzMedienVerlag Ges.m.b.H. **Blattlinie:** VersicherungsJournal Spezial, kurz VJ, ist ein österreichweites Fachmedium für die Versicherungswirtschaft. Die unabhängige Redaktion berichtet vierteljährlich über branchenrelevante Themen. Zum Zielpublikum gehören – ähnlich dem digitalen Pendant VersicherungsJournal.at – Mitarbeiter von Versicherungskonzernen sowie der freie und gebundene Versicherungsvertrieb **Bilder:** S.1: Vertex Space (AdobeStock), S.3: VÖZ/Woody, S.4, 5, 6, 7, 8 und 10: Richard Tanzer, S.12: Monster Ztudio (AdobeStock), S.16: Zerbor (AdobeStock), S.19: Nicola Del Mutolo (AdobeStock)

# „Es ist sogar noch schlimmer geworden“

Die private Berufsunfähigkeitsversicherung ist offensichtlich noch immer kein „Renner“. Eine Expertenrunde machte sich zur Ursachenforschung auf und diskutierte Ideen zur Steigerung des Vorsorgegrades.

Von Emanuel Lampert

Die Runde, die sich für diese Ausgabe des VJ Spezial zum Runden Tisch traf, um über das Thema Berufsunfähigkeitsversicherung zu sprechen, war fast identisch mit jener aus dem Vorjahr. Das hat den Charme, dass ein direkter Vergleich möglich ist: Hat sich gegenüber den – nicht übertrieben positiven – Feststellungen vom letzten Mal zwischenzeitlich etwas geändert? Hat sich vielleicht etwas verbessert?

„Es ist sogar noch schlimmer geworden“, urteilt **Stefan Otto**, Vertriebsdirektor der WWK Lebensversicherung in Österreich. „Die Zahlen sind sogar rückläufig – was erschreckend ist, gerade in diesem Segment.“ Otto hatte beim letzten Round Table der Politik Mitverantwortung dafür zugeschrieben, dass der Stellenwert einer BU-Vorsorge zu wenig wahrgenommen werde: Sie erwecke den Eindruck, der Staat kümmere sich ohnehin um alles. Der

Unter der Leitung von Herausgeber Marius Perger (dritter von rechts) diskutierten (v.l.n.r.) Harald Scherer MBA (Scherer & Scherer), DI Markus Zahrnhofer (Merkur), Mag. Willi Bors (Dialog), Christian Wagner MBA (HDI) und Stefan Otto MBA (WWK)





Stefan Otto

Gesetzgeber müsse den Menschen aber vielmehr bewusst machen, was er 2014 – Stichwort: Rehabilitation vor Invalditätspension – beschlossen hat. Wenn immer nur die Versicherungsbranche darauf hinweise, stehe der Vorwurf der Angstmacherei im Raum. Daher müsse auch die Politik selbst aufklären.

Ein anderes Hindernis sieht Otto in der Sorge, dass ein nicht unerheblicher Teil der Anträge vom Versicherer aufgrund der Gesundheitsangaben abgelehnt werden könnte – und sich der Berater dann fragt, wozu er sich die Beratung „überhaupt noch antut“. Auch der Leistungsfall könne „kompliziert und langwierig“ werden. Teilweise dauere es Monate, von der Sozialversicherung alle relevanten Unterlagen zu bekommen. Hier würde sich Otto Automatisierung im Informationsaustausch wünschen, um negative Erlebnisse für Kunden und Vermittler hintanzuhalten.

### Noch immer kein Schulterschluss

**Christian Wagner**, Leiter des Produktmanagements bei der HDI Lebensversicherung in Österreich, hatte vor einem Jahr für einen „Schulterschluss zwischen Gesetzgeber, Verbraucherschützern und Versicherungsgemeinschaft“

plädiert – und auch er sagt: „Es hat sich nicht viel verändert. Wir haben den Schulterschluss noch immer nicht geschafft.“ Er vermisst auf Seiten des Gesetzgebers die Akzeptanz, den Ausbau der Vorsorge zu unterstützen. Ansatzpunkte für die Aufklärung der Kunden gäbe es viele, meint Wagner. Man könnte etwa, ähnlich wie in Deutschland, das Pensionskonto dafür verwenden, den BU-Vorsorgebedarf aufzuzeigen.

Bei **Willi Bors**, dem Österreich-Direktor der Dialog Lebensversicherung, lässt die Entwicklung des Gesamtmarktes keine Freude aufkommen – denn die ist kontinuierlich rückläufig: Nach Daten des Versicherungsverbandes sind in der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung 2022 gerade einmal 7.811 Verträge neu poliziert worden. Gegenüber 2019 sei das ein Rückgang um 34 Prozent, hebt Bors hervor. Auch er findet, dass der Gesetzgeber einen Hebel in der Hand hätte, indem er Anreize zur Vorsorge gibt.

### Risikoappetit wäre da

Fehlt es womöglich auch am Risikoappetit auf Versichererseite? „Es scheitert nicht am Wollen“, betont **Markus Zahrnhofer**, Vorstandschef der Merkur Lebensversicherung.

Er hält die heimische Versicherungswirtschaft mit ihrem BU-Angebot für „sehr gut aufgestellt“. Seiner Ansicht nach geht es eher darum, bei den Kunden Bewusstsein für die potenzielle Versorgungslücke zwischen staatlicher Leistung und tatsächlichem Bedarf zu schaffen. Gerade jüngere Menschen hätten hier aufgrund der Anspruchsvoraussetzungen ein „besonders hohes Risiko“. Steuererleichterungen würden im Übrigen dazu führen, dass den Menschen mehr Kapital bliebe – was den volkswirtschaftlichen Nutzen noch erhöhen würde, so Zahrnhofer.

Besondere Wichtigkeit räumt er der Aufklärung ein: Jeder Makler, Agent, Versicherungsmitarbeiter müsse seine Kunden aufklären, was Produkte können und was nicht. Dasselbe sollte öffentlich in Bezug auf das österreichische Sozialsystem getan werden, meint Zahrnhofer: darüber sprechen, was es leisten kann und was nicht. „Da muss man ganz klare Transparenz schaffen.“

### Fehlendes Wissen um Folgen der Reform 2014

**Harald Scherer**, Geschäftsführer des Klagenfurter Versicherungsmakler-Büros Scherer & Scherer, ortet eine Lücke besonders im Wissen darüber, wie markant schwieriger es geworden sei, eine Invaliditätspension zu erlangen. Der Gesetzgeber habe dies 2014 „nahezu unmöglich“ gemacht; gleichzeitig lasse er Menschen mit privater BU-Vorsorge für diese noch Steuer zahlen, kritisiert Scherer. Das sei „in einigen Beratungsgesprächen der absolute Showstopper gewesen“. Die Rente von der Steuer zu befreien, würde für den Staat keinen großen finanziellen Ausfall bedeuten und könnte deshalb „relativ rasch“ von der nächsten Regierung angegangen werden, meint Scherer.

Meist scheitere der Abschluss einer privaten BU-Vorsorge an den budgetären Gegebenheiten. Größere Durchdringung sei aber nötig, deshalb „sehe ich auch den



Willi Bors



Harald Scherer

Gesetzgeber gefordert“, in puncto Steuern und Absetzbarkeit aktiv zu werden. Schon eine Valorisierung der „Zukunftssicherung“ nach § 3 Abs. 1 Z. 15 lit. a EStG könnte einiges zur Risikoabdeckung beitragen, findet Scherer. Was die Unternehmerschaft betrifft, wäre es ihm ein Anliegen, dass die Versicherer das Thema Umorganisation „freundlicher“ gestalten. Für wünschenswert hielte er auch, die Risikoprüfung „attraktiver zu gestalten“, um besser zu Versicherungsschutz zu kommen.

„Weg mit der Doppelbesteuerung!“, stimmt Bors ein, das wäre der erste und wichtigste Schritt. Ein zweiter könnte in der Absetzbarkeit der Beiträge bestehen. Steuerliche Anreize würde auch Wagner begrüßen. Dabei stelle sich nicht nur die Frage, ob dieser Anreiz in der Ansparphase zum Tragen kommt, vielmehr müsse auch daran gedacht werden, in der Pensionsbezugsphase „steuerlich etwas anzupacken“. Dies auch in der betrieblichen Vorsorge zu tun, hielte Wagner ebenfalls für eine gute Idee. Die Zukunftssicherung sei „ein ideales Instrument“ dafür. Neben einer Erhöhung wäre es seiner Meinung nach schon ein Schritt nach vorne, wenn dem Arbeitnehmer ein Rechtsanspruch auf Bezugsumwandlung eingeräumt wird.

### Was die Sache komplex macht

BU gilt vielen als sehr komplex und in der Beratung aufwendig. Ist das tatsächlich so? Wie können Berater unterstützt werden? „Ein Onlineprodukt, das wissen wir alle, ist es nicht“, stellt Zahnhofer fest. Als komplexer als etwa eine Krankenversicherung erachtet er die BU aber auch nicht. Tools, die die BU-Lücke ersichtlich machen, stelle der Versicherungsmarkt zur Verfügung. Erschwerend sei, dass die BU-Beratung Themen berührt, „die oft schwer anzusprechen sind“. Wenn aber laut einer Statistik der Deutschen Aktuarvereinigung eine 25-prozentige Wahrscheinlichkeit bestehe, im Zuge des Erwerbslebens zumindest kurzzeitig berufsunfähig zu werden, dann sei dies ein Aspekt, an dem man in der Beratung einhaken kann.

Komplexität, sagt Otto, entstehe dadurch, dass die Sozialversicherung die Thematik „komplett anders“ sehe als der Privatversicherer. Denn falls erstere keine Berufsunfähigkeit feststellt, bedeute das noch lange nicht, dass letzterer zum selben Befund kommt. Auf diese Diskrepanz und besonders auf die rechtlichen Änderungen von 2014 mache die WWK in Webinaren und bei



Christian Wagner

Kundenveranstaltungen aufmerksam. Dies müsse man weiter forcieren. Beratern empfehle er immer: Kunden sollen im Beratungsprotokoll nicht nur unterschreiben, dass über BU gesprochen wurde, sondern auch bestätigen, wenn sie keine BU wollen – „damit der Kunde auch merkt, wie wichtig dem Vermittler dieses Thema ist“.

Warum es mit „Einfachheit“ oft nicht so ohne Weiteres klappt, illustriert Bors am Beispiel der Grundfähigkeitsversicherung in Deutschland: Sie sei quasi als Vorstufe zur „Königsklasse BU“ gedacht gewesen. Wettbewerb und Ratingagenturen hätten jedoch Druck erzeugt, sie anzupassen – und „dann ist es natürlich komplexer geworden“. Wichtig sei, dass der Kunde einen „Mehrwert“ spürt, sonst werde dieser kein Interesse haben.

Wagner schreibt dem Zusammenspiel zwischen Sozial- und Privatversicherung eine entscheidende Rolle zu. Daran müsse weiter gearbeitet werden. Ohne den eingangs erwähnten Schulterschluss werde das System nicht so gut funktionieren, „wie wir es uns alle wünschen würden und wie es Betroffene brauchen“. Ist dieser Schulterschluss denn überhaupt möglich? Bors zeigt Verständnis, dass die Politik derzeit mit anderen, speziell weltpolitischen

Themen konfrontiert ist, aber: „Langfristig wird er möglich sein müssen.“

Wo treten im Alltag des Vermittlers im Allgemeinen Probleme mit der BU auf? Die Beratungspflicht erfordere, dass das Thema präsent ist, betont Scherer. Er glaubt, dass „intensive Schulungen“ nötig sind, die ein Webinar-Format allein nicht bewerkstelligen kann. Ohne sich im Detail mit dem Thema Sozialversicherung und der mit der BU verbundenen Komplexität befasst zu haben, werde man BU „schwer verkaufen können“. Das entsprechende Wissen brauche man ohnehin so oder so: „Es reicht in die Unfallversicherung, es reicht in die Krankenversicherung.“ Deshalb auch sein Appell an die Versicherer, entsprechende Bildungsangebote zu machen.

### **Geld zurück?**

In puncto Produktlandschaft bringt Scherer aufs Tapet, dass immer wieder der Gedanke an eine „Sparvariante“ aufkomme. Denn wenn bis 65 kein Versicherungsfall eingetreten ist, habe man schließlich sehr viel Geld in die Versicherung investiert, das dann aber weg ist. Solche Produkte, erwidert Otto, gebe es zwar auf dem Markt,

„aber es ist einfach die teurere Variante“. Es stelle sich die Frage, ob sich der Kunde ein Produkt leisten kann und will, bei dem am Ende Geld zurückfließt.

Einen Teil des Geldes zurückbekommen, wenn am Ende nichts passiert ist – diese Idee habe er bei einem anderen Versicherer verfolgt, der einen so ausgestalteten Risikoversicherungstarif im Programm hatte, berichtet Bors. Allerdings stieß es bei den Vermittlern auf begrenzte Begeisterung. „Ich habe gepredigt wie ein Wanderprediger, geholfen hat es nicht.“ Bei einer BU sei der Kostenpunkt aber noch deutlich höher.

### **Billiger und einfacher – geht das?**

Sind einfachere, billigere Produkte denkbar? Gibt es hier noch Möglichkeiten, oder ist das eine Illusion? Wenn man an eine „BU light“ denkt, so Wagner, müsse man sich der Frage stellen, was genau man „weglassen“ möchte. Es wäre nicht im Sinne des Versicherten, wenn

gerade die Deckung gebraucht wird, die fehlt, meint Wagner.

„Jeder weiß, dass ich ein absoluter Fan der Berufsunfähigkeitsversicherung bin“, bekräftigt Otto: Er zieht eine vollwertige BU einer „Light-Version“ vor. In Sachen Produktinnovation verweist er auf ein 2016 eingeführtes Sparprodukt mit „Biorisk-Option“, das dem Kind bereits heute einen BU-Versicherungsabschluss garantiere, sobald es eines Tages ins Berufsleben einsteigt, ohne dass eine erneute Gesundheitsprüfung nötig werde. Das Produkt werde allerdings auch nur relativ wenig angenommen – obwohl es eigentlich „vorprogrammiertes Folgegeschäft“ bedeute und „einfach“ sei, zumal die einzige Frage sein werde: „Was bist du von Beruf?“

Fehlt bei Beratern „Awareness“? Zahnhofer glaubt, dass das Bewusstsein bei Vermittlern durchaus vorhanden ist, dass BU aber ein Thema ist, über das man weniger gerne spricht als zum Beispiel über eine Kfz-Versicherung. →

# VERSICHERUNGSJOURNAL **spezial**

## KFZ-VERSICHERUNG

Erscheinungstermin April 2024

### Anzeigenkontakt

Mag. Manfred Sadjak  
m.sadjak@versicherungsjournal.at  
Tel.: +43 (0) 664 / 516 01 72

© Hanna Ivanova (AdobeStock)

bei der es um ein Objekt geht, mit dem man sich gerne beschäftigt. Zudem habe sich der Fokus in den vergangenen Jahren deutlich verschoben: Früher seien Erkrankungen des Skeletts im Vordergrund gestanden, heute psychische. Was es auch nicht leichter macht: Wenn vielfach die Einstellung „Mich trifft's eh nicht“ hinzukommt. Deshalb, meint Zahrnhofer, werde hier auch die öffentliche Hand gefragt sein.

Einen Faktor, der die BU stärker auf die Agenda bringen könnte, sieht Bors darin, dass sich Arbeitgeber in Zukunft

verstärkt um Fachkräfte bemühen werden müssen. Ein Element könnte da sein, einen BU-Beitrag des Arbeitgebers in die Arbeitsverträge aufzunehmen. Wenn dann der Arbeitnehmer selbst noch etwas dazuzahlt, könne sich daraus eine ansehnliche BU-Absicherung ergeben. „Das könnte vielleicht ein Hoffnungsträger für uns sein.“ Scherer fände Gruppenverträge mit vereinfachten Risikoprüfungen ein Thema, das man im Wege der betrieblichen Vorsorge stärker forcieren könnte. „Es wäre ein wesentlicher Meilenstein, das in den Betrieben zu positionieren.“ ■



Markus Zahrnhofer

### Stimmt Ihre Adresse noch?

Wenn sich Ihre Adresse geändert hat, Sie das VersicherungsJournal Spezial aber weiterhin gratis beziehen möchten:

Bitte informieren uns unter [info@versicherungsjournal.at](mailto:info@versicherungsjournal.at).

Auch den Wunsch nach Abbestellung des Magazins können Sie uns hier mitteilen.



Kompetenz auf Augenhöhe

# Dialog

## Biometrischer Schutz ist Profisache

Vertrauen Sie den Biometrie-Experten

- ✓ **Fair:** Nettoprämien im Bestand noch nie erhöht
- ✓ **Flexibel:** Passgenaue Absicherung
- ✓ **Kundenfreundlich:** Exzellentes Preis-Leistungs-Verhältnis
- ✓ **Sicher:** Verlassen Sie sich auf unsere Finanzstärke
- ✓ **Engagiert:** Immer da für Sie und Ihre Kunden
- ✓ **Zweimal 1. Platz** beim AssCompact Award



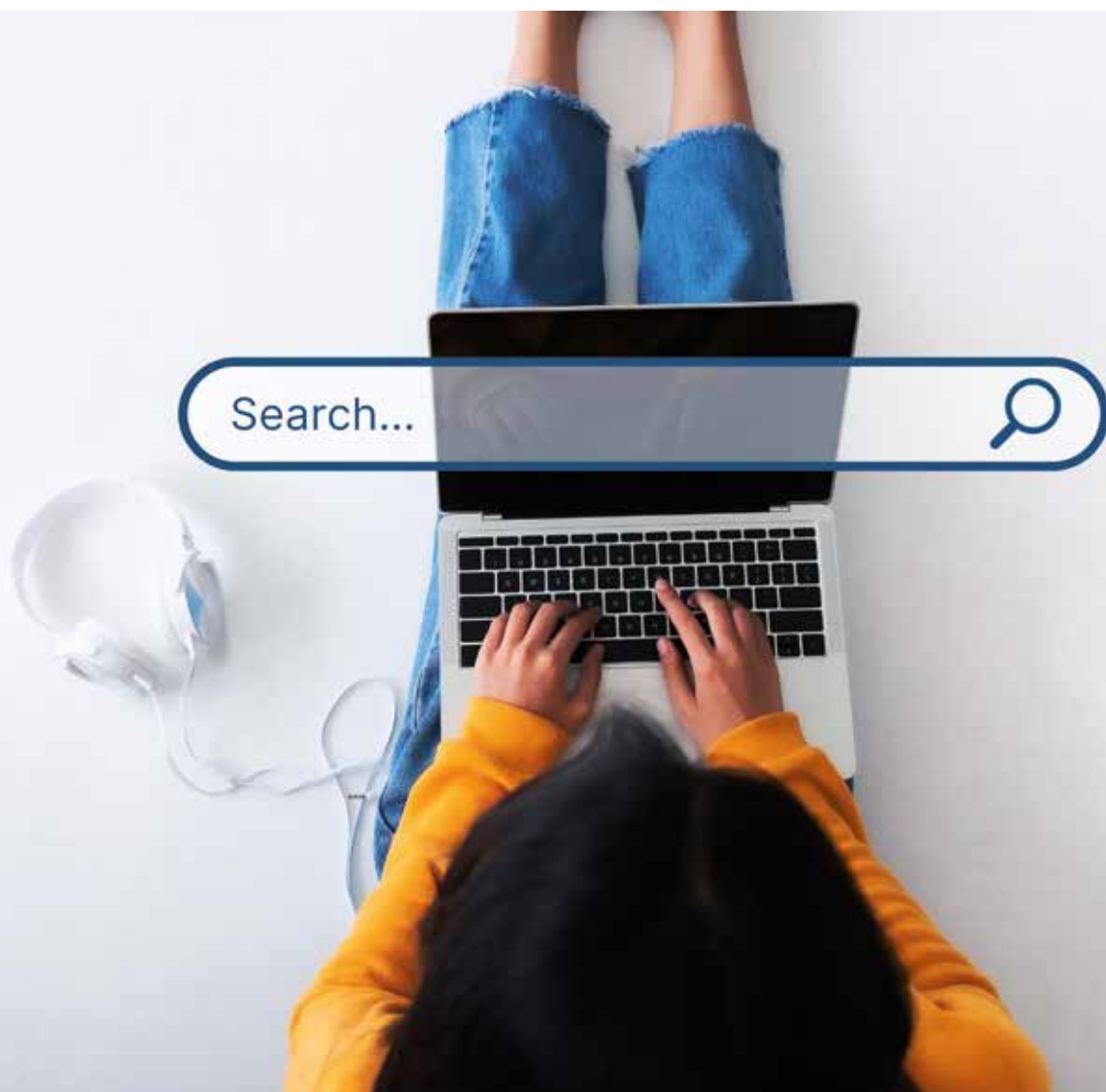
Besuchen Sie uns online:  
[www.dialog-leben.at](http://www.dialog-leben.at)



# Gesucht und ein wenig gefunden

Ein „öffentlich-privater Schulterschluss“ zur Förderung der BU-Vorsorge? Macht man sich im Internet auf die Suche nach Informationen zur BU, scheinen – wenngleich in überschaubarem Rahmen – auch abseits von Branchenwebsites manche Resultate auf, so beim VKI und beim Sozialministerium.

Von Emanuel Lampert



In Österreich hat seit rund zehn Jahren die Rehabilitation grundsätzlich Vorrang vor der Berufsunfähigkeitspension. Zugleich ist die Durchdringung mit privaten BU-Versicherungen gering. Angesichts dessen war beim Round Table zu diesem VersicherungsJournal Spezial (siehe Seite 4) abermals der Ruf nach einem „Schluss“ zwischen Politik, öffentlichen und privaten Vorsorgeinstitutionen zu hören, um den Grad der Absicherung zu erhöhen.

Der Klagenfurter Versicherungsmakler Harald Scherer meint, dass es womöglich „zu hoch angesetzt“ wäre, die Spitzenpolitik zu bemühen. Er glaubt, dass die Sozialpartnerschaft die richtige Ansprechpartnerin für dieses Thema wäre, um es „breiter positionieren“ zu können.

Stefan Otto, Vertriebsdirektor der WWK Lebensversicherung in Österreich, verweist auf Deutschland. Dort werde von Politik und Verbraucherschützern zur BU-Vorsorge aufgerufen: „Da sagen Politik und Konsumentenschutz: Das ist die Basisabsicherung!“

### „Echte Alternativen gibt es nicht“

In der Tat stößt man bei einer Onlinesuche nach Informationen zur privaten Berufsunfähigkeitsversicherung in Deutschland recht schnell auf eine Seite der Verbraucherzentrale. Der Verlust der Arbeitskraft nach Krankheit oder Unfall bedeute in der Regel auch eine deutliche Einkommenseinbuße; vielen sei das nicht bewusst, heißt es auf der mit Oktober 2023 datierten Seite.

„Vor den finanziellen Folgen können Sie sich aber schützen: Mit einer guten Berufsunfähigkeitsversicherung“, so die Verbraucherzentrale. Die BU-Versicherung sei „unverzichtbar für alle, die von ihrem Einkommen leben“. Und: „Die Versicherung deckt ein existenzbedrohendes Risiko ab und ist neben der Privathaftpflichtversicherung die wichtigste private Versicherung. Echte Alternativen gibt es nicht.“ Betont wird angesichts des Spektrums unterschiedlicher Angebote auch, sorgfältige Vergleiche und unabhängige Beratung seien besonders wichtig.

## Internet-Tipps

**konsumentenfragen.at** (eine Website des Sozialministeriums) zum Thema BU

[https://www.konsumentenfragen.at/konsumentenfragen/Versicherung/Berufsunfaehigkeitsversicherung/Was\\_ist\\_eine\\_Berufsunfaehigkeitsversicherung.html](https://www.konsumentenfragen.at/konsumentenfragen/Versicherung/Berufsunfaehigkeitsversicherung/Was_ist_eine_Berufsunfaehigkeitsversicherung.html)

**VKI: „Welche Versicherungen braucht man unbedingt“**

<https://konsument.at/welche-versicherungen-braucht-man-unbedingt>

**VKI: „Arbeitsunfähigkeit – Lücken privat schließen“** (Artikel vom 25.7.2013)

<https://konsument.at/gesundheit-kosmetik/arbeitsunfaehigkeit>

**VKI: „Berufsunfähigkeitsversicherung – Für den Ernstfall“** (Artikel vom 15.10.2009)

<https://konsument.at/geld-recht/berufsunfaehigkeitsversicherung>

**VKI-„Risikocheck“ in Kooperation mit Riskine**

<https://vki.riskine.com/advisories/private-customer-advisory/risk-analysis>

**Verbraucherzentrale Deutschland**

<https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/berufsunfaehigkeit-wie-sie-sich-gegen-verlust-des-einkommens-absichern-13931>

**Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zum Thema BU**

[https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/Versicherung/Produkte/Berufsunfaehigkeit/berufsunfaehigkeit\\_node.html](https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/Versicherung/Produkte/Berufsunfaehigkeit/berufsunfaehigkeit_node.html)

## **Bafin erteilt Informationen**

Bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, dem deutschen Pendant zur österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA), findet man ebenfalls eine eigene Seite, die sich der Berufsunfähigkeitsversicherung widmet. Sie hält in neutralem Ton fest: „Wer in seinem Beruf nicht mehr arbeiten kann, steht möglicherweise schnell vor großen finanziellen Schwierigkeiten. Die Berufsunfähigkeitsversicherung springt ein und schließt die Versorgungslücke, wenn das Einkommen aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft ausfällt.“

## **konsumentenfragen.at**

In Österreich geht das Sozialministerium in erster Linie freilich auf das öffentliche System ein. Es betreibt aber neben seinem ministeriellen Internetauftritt auch die Website [konsumentenfragen.at](http://konsumentenfragen.at), wo es unter anderem einen Abschnitt „Versicherung“ gibt und in diesem wiederum ein Kapitel, das sich um die Berufsunfähigkeitsvorsorge dreht.

„Wer in Österreich sozialversichert ist, hat bei Berufsunfähigkeit grundsätzlich Anspruch auf staatliche Pensionsleistungen. Man kann aber auch privat vorsorgen“, steht dort zu lesen. Die Höhe der staatlichen Berufsunfähigkeitspension richtet sich nach der bisherigen Versicherungsdauer und dem bisherigen monatlichen Einkommen, wird weiter erklärt. „Die staatliche Berufsunfähigkeitspension liegt unter dem Einkommen, das jemand zuletzt in seinem Beruf bezogen hat. Um den Erhalt des bisherigen Lebensstandards zu gewährleisten, wird oft eine private Berufsunfähigkeitsversicherung abgeschlossen.“

Auf der Seite werden auch – als solche bezeichnete – Vorteile der privaten BU-Versicherung genannt, beispielsweise, dass die Rentenzahlung „oft ohne Mindestversicherungszeiten“ erfolge oder dass Versicherungsleistungen „regelmäßig auch dann erbracht werden“, wenn noch einem anderen als dem zuletzt ausgeübten Beruf nachgegangen werden könnte, der den eigenen Fähigkeiten entspricht.

## **Risikocheck beim VKI**

Einige wenige Einträge liefert auch die Suchfunktion der VKI-Website [konsument.at](http://konsument.at), wenn man den Begriff Berufsunfähigkeitsversicherung eingibt, wobei diese meist älteren Datums sind. Nichtsdestoweniger weist der Verein für Konsumenteninformation darauf hin, dass BU-Versicherungen „grundsätzlich sinnvoll“ sind. „Um den staatlichen Versicherungsschutz bei längeren beruflichen Ausfällen dort und da ein wenig aufzufetten“, steht in einem allerdings aus dem Juli 2013 stammenden Beitrag, „kann man auf verschiedene Produkte privater Anbieter zurückgreifen.“

„Grundlegender“ geht es der VKI auf einer Seite mit dem Titel „Welche Versicherungen braucht man unbedingt“ an. Sie führt weiter zu dem vom Wiener Insurtech Riskine umgesetzten VKI-„Risikocheck“. Dort kann man nach recht schnell erledigter Eingabe einiger Daten zu den persönlichen Lebensumständen für eine ganze Reihe an Versicherungen eine Einschätzung erhalten, welche wie wichtig sein dürften. In der Auswertung scheint dann auch die Berufsunfähigkeitsversicherung auf, entweder in der Rubrik „sehr empfohlen“, „empfohlen“, „nach Bedarf“ oder „nicht empfohlen“. ■

## **Das VersicherungsJournal Spezial kostenlos für Ihr Büro**

Sie können dieses Heft (max. 3 Stück und so lange der Vorrat reicht – höhere Auflagen auf Anfrage) auch gerne für Ihre Mitarbeitenden oder ausgewählte Kundinnen und Kunden kostenlos bestellen.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte unter Angabe Ihrer Postadresse und der gewünschten Stückanzahl unter [info@versicherungsjournal.at](mailto:info@versicherungsjournal.at) an den Verlag.

Bitte teilen Sie uns unter dieser Adresse auch etwaige Wünsche bezüglich Adressänderung oder Abbestellung des Magazins mit.



WWK Premium FondsRente Kids 2.0

# STARTKLAR FÜR DIE ZUKUNFT.

- Maßgeschneiderte Investmentstrategie dank umfangreicher Anlagemöglichkeiten
- Flexibilität beim Vermögensaufbau durch Zuzahlungen und Kapitalentnahme
- **Option zur Absicherung der zukünftigen Arbeitskraft ohne Mehrbeitrag**

Profitieren auch Sie vom intelligenten Schutz der starken Gemeinschaft.



WWK Versicherungen  
Vertriebsdirektion Österreich  
**STEFAN OTTO**  
Tel. +43 664 1003013  
stefan.otto@wwk.at



Eine starke Gemeinschaft

# Pensionszuerkennungen: Tendenz fallend

Knapp 126.000 Pensionen wegen geminderter Arbeits-/Erwerbsfähigkeit hat die Sozialversicherung 2022 ausgezahlt. Knapp 13.000 sind neu zuerkannt worden – wieder weniger als zuletzt.

Von Emanuel Lampert



Die Sozialversicherung kennt verschiedene Bezeichnungen, wenn es um Minderung oder Verlust von Arbeitsfähigkeit geht. Bei Arbeitern spricht sie von Invaliderität, bei Angestellten von Berufsunfähigkeit, bei Selbstständigen und Bauern nur von Erwerbsunfähigkeit. Die Bezeichnungen werden dann im allgemeinen Sprachgebrauch der Einfachheit halber auch gerne mehr oder minder synonym verwendet.

Ende 2022 belief sich die Anzahl der Pensionen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit laut dem Dachverband der Sozialversicherungsträger auf 125.869. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 5,6 Prozent – und damit setzt sich der Trend sinkender Zahlen der letzten Jahre auch 2022 fort. 68 Prozent der Beziehenden waren Männer.

12.693 Pensionen wurden 2022 neu zuerkannt – auch das ist ein Rückgang gegenüber 2021, und zwar um 5,3 Prozent. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Vorjahre, so nimmt sich dieser Wert besonders niedrig aus: 2016 etwa hatte es noch 18.937 Neuzuerkennungen gegeben. Verglichen damit, lag das Jahr 2022 also um 33 Prozent darunter.

### Rund ein Viertel der Anträge kommt durch

Stellt man dem gegenüber, wie viele Anträge jährlich eingebracht werden, so wird ersichtlich, dass nur ein relativ kleiner Teil für die Antragsteller positiv erledigt wird: Während sich die Anzahl der Zuerkennungen in den letzten Jahren mit fallender Tendenz deutlich unter 20.000 bewegte, wurden regelmäßig um die 50.000 Anträge gestellt, 2022 waren es 52.333.

Unter den Gründen, aus denen die Pensionen zuerkannt werden, stechen zwei hervor, die zusammen die Hälfte aller 12.693 Fälle ausmachen: Fast ein Drittel (29,7 Prozent) der Neuzugänge leidet unter psychischen und Verhaltensstörungen, ein Fünftel (20,9 Prozent) unter Erkrankungen von Muskel-Skelett-System und Bindegewebe.

### Arbeitsunfälle, Wegunfälle, Berufskrankheiten

Wie dem von der Statistik Austria herausgegebenen „Jahrbuch der Gesundheitsstatistik“ zu entnehmen ist, dokumentierte der Dachverband für das Jahr 2022 – unabhängig von der Frage der Berufsunfähigkeit – 93.562 Arbeitsunfälle, 13.010 Wegunfälle und 14.072 Fälle von Berufskrankheiten. Die hohe Anzahl der Letzteren hat stark mit Corona zu tun: 2022 waren 7.551 Fälle von Berufskrankheiten der Kategorie Infektionskrankheiten

#### Anzahl der Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit

Jahr	Männer	Frauen	Gesamt
2016	117.035	48.306	165.341
2017	111.742	47.513	159.255
2018	106.398	46.543	152.941
2019	101.440	45.559	146.999
2020	96.538	45.161	141.699
2021	90.544	42.789	133.333
2022	85.589	40.280	125.869

Werte per Dezember  
Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger

#### Neu zuerkannte Pensionen und neu gestellte Anträge wegen geminderter Arbeitsfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit

Jahr	Männer	Frauen	Gesamt	Anträge*
2016	12.130	6.807	18.937	57.040
2017	10.831	6.526	17.357	53.369
2018	10.383	5.880	16.263	54.375
2019	10.842	6.406	17.248	55.351
2020	10.554	6.666	17.220	47.718
2021	8.849	4.551	13.400	49.138
2022	8.544	4.149	12.693	52.333

\* Männer und Frauen  
Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger

zuzuordnen, wovon 7.540 auf Covid-19 entfielen (2021: 5.803, davon 5.787 Covid-19).

2022 war auch insofern ein „spezielles“ Jahr, als nach Ausklingen der Pandemie wieder mehr Menschen an den Arbeitsplatz bzw. die Ausbildungsstätte zurückkehrten. Das führte bei Erwerbstätigen zu einem leichten Anstieg der Arbeitsunfälle um 1,8 Prozent gegenüber 2021, berichtete die AUVA; bei den Auszubildenden gab es 16.257 Unfälle (+55,6 Prozent).

Ein Effekt der Pandemie, der sich spezifisch auf eine Berufsgruppe auswirkte: Die AUVA registrierte 2022 insgesamt 652 Unfälle von Fahrradboten, „die auf eine erhöhte Nachfrage nach Lieferdiensten zurückzuführen sind, unter anderem bedingt durch das vermehrte Arbeiten im Homeoffice“. 2019, vor Corona, seien in dieser Berufsgruppe noch 60 Unfälle gemeldet worden. Die Gefahr, sich bei der Arbeit zu Hause zu verletzen, habe sich dagegen mit 101 anerkannten Arbeitsunfällen – davon 45 Stürze – als „überschaubar“ erwiesen. Die Anzahl der Wegunfälle stieg aufgrund einer höheren Versichertenanzahl zwar leicht auf 10.561, blieb aber „nicht zuletzt aufgrund des verstärkten Trends von Remote Work“ deutlich unter Vor-Corona-Niveau (2019: 11.748).

### „Zunehmend ausgepowert“

Mit Belastungen im Berufsumfeld befasste sich erst jüngst eine Umfrage der Jobbörse Stepstone: In ihrem Auftrag hat Mindtake Research Anfang 2024 eine laut Stepstone für den österreichischen Arbeitsmarkt repräsentative Gruppe von 2.000 Personen befragt.

Den Ergebnissen zufolge fühlen sich 35 Prozent der Männer nach einem durchschnittlichen Arbeitstag müde und ausgelaugt, unter den Frauen geht es 45 Prozent so. „Für den Großteil der Befragten (81 Prozent) hat das Gefühl, ausgelaugt und müde zu sein, in den letzten ein bis drei Jahren zugenommen“, berichtet Stepstone. Dies zeige sich stärker bei der Generation X (85 Prozent) – das ist die Altersgruppe 43 bis 58 – und den Babyboomern (88 Prozent), das sind die 59- bis 65-Jährigen.

Für diese Belastungszunahme wurden unterschiedliche Gründe angeführt, sie reichen von „Bore-Out“ und Langeweile bis zu Long-Covid, am häufigsten wurden aber die folgenden genannt:

- Die beruflichen Aufgaben haben allgemein zugenommen (45 Prozent).
- Im Unternehmen herrscht Personalmangel (36 Prozent).
- Ich bin altersbedingt weniger belastbar (33 Prozent).
- Ich kann nach der Arbeit nicht mehr richtig abschalten (31 Prozent).
- Ich bin gesundheitlich belastet (29 Prozent).
- Der Druck durch meinen Arbeitgeber hat zugenommen (29 Prozent).

„Der steigende Workload ist das größte Belastungsthema. Er lässt kaum Raum für Atempausen“, kommentiert Studienleiterin Corina Drucker. „Dass Unterbesetzung und die Alterung der Erwerbsbevölkerung zunehmend zum Problem für Unternehmen werden, ist längst spürbar – immer deutlicher wird der demografisch getriebene

### Durchschnittliche Pensionshöhe bei geminderter Arbeitsfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit

Versicherungsträger	Männer		Frauen	
	gesamt	o.zw.T.	gesamt	o.zw.T.
PV / Arbeiter	1.280	1.357	956	990
PV / Angestellte	1.680	1.732	1.166	1.196
BVAEB Eisenbahn	1.551	1.624	1.216	1.278
BVAEB Bergbau	1.738	1.819	1.407	1.407
SVS / Gewerbe	1.509	1.565	857	1.127
SVS / Landwirtschaft	1.332	1.340	1.005	1.008
<b>Gesamt</b>	<b>1.389</b>	<b>1.461</b>	<b>1.050</b>	<b>1.093</b>

Dezember 2022 – Vor dem 60./65. Lebensjahr – o. zw. T.: ohne zwischen-staatliche Abkommen  
Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger

Arbeitskräftemangel nun aber auch zum Belastungsfaktor für Beschäftigte.“

Jeden Fünften lasse die ständige Erreichbarkeit kaum zur Ruhe kommen, berichtet Stepstone weiter. Nur wenigen Beschäftigten mache es hingegen Probleme, im Home-office Berufliches und Privates zu trennen – lediglich fünf Prozent tun sich damit schwer. Nur etwa ein Fünftel sieht keine Belastungssteigerung in den letzten Jahren.

### Generationenunterschiede

Zwischen den Generationen treten gewisse Unterschiede zutage: Am stärksten belastet fühle sich die „Generation Y“, also die 27- bis 42-Jährigen. „Die Generation, in der sich überproportional Jungeltern finden, spürt stärker als die anderen Generationen die Doppelbelastung, weil persönliche Aufgaben zugenommen haben (34 Prozent)“, erläutert Stepstone. Die Generation Z leide stärker als die anderen darunter, nach der Arbeit nicht richtig abschalten zu können (40 Prozent). Generation X und Babyboomer wiederum fühlen sich stärker gesundheitlich belastet als die anderen. ■

### Die größten Krankheitsgruppen bei Neuzugängen an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit

Psychische und Verhaltensstörungen	29,7 %
Muskel-Skelett-System und Bindegewebe	20,9 %
Neubildungen	14,8 %
Kreislaufsystem	12,2 %
Nervensystem	7,2 %
Atmungssystem	3,6 %
Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	2,7 %
Zahlen für 2022 – Basis: 12.693 Neuzuerkennungen Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger	



# Pflegeversicherung: seitwärts auf niedrigerem Niveau

Prognosen lassen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte einen Anstieg der Anzahl der Pflegegeldbezieher und der Nachfrage nach Pflegeleistungen erwarten. Die Nachfrage nach Pflegeversicherungen bleibt indes gering. Wir haben Versicherte dazu befragt.

Von Emanuel Lampert

Wie teuer Pflegebedürftigkeit werden kann, hängt von einer Reihe von Faktoren ab – in erster Linie freilich von der Verfasstheit des Betroffenen. Falls eine Betreuung zu Hause nicht mehr ausreicht und ein dauerhafter Aufenthalt in einem Heim nötig wird, spielt auch eine Rolle, wer dessen Träger ist und wie der Tarif im jeweiligen Bundesland gestaltet ist. Im ungünstigsten Fall können mehrere tausend Euro pro Monat fällig werden.

Kriterien und Höhe des Bundespflegegeldes sind gesetzlich geregelt. Ein zentraler Anhaltspunkt ist der voraussichtliche Pflegebedarf in Stunden. Für Pflegestufe 1 müssen durchschnittlich mehr als 65 Stunden im Monat erforderlich sein. In den Stufen 5, 6 und 7 werden jeweils mehr als 180 Stunden vorausgesetzt, zusätzlich

gelten hier je nach Stufe weitere Kriterien. Pflegestufe 7 steht laut Gesetz zu, wenn „1. keine zielgerichteten Bewegungen der vier Extremitäten mit funktioneller Umsetzung möglich sind oder 2. ein gleichzuachtender Zustand vorliegt“. Die Höhe des Pflegegeldes 2024 reicht von 192 Euro pro Monat in Stufe 1 bis 2.061,80 Euro in Stufe 7.

## Anträge und Zuerkennungen, Ablehnungen und Klagen

Laut dem vom Sozialministerium herausgegebenen „Österreichischen Pflegevorsorgebericht 2022“ wurden im Berichtsjahr 98.724 Neuanträge auf Genehmigung von Pflegegeld eingebracht. Erledigt wurden 2022 insgesamt 98.205 Anträge. Davon waren 79.943 oder 81,4 Prozent

Bundespflegegeldbezieher, Österreich (Jänner 2024)

Pflegestufe	Männer	M. % <sup>1</sup>	M. % <sup>2</sup>	Frauen	F. % <sup>1</sup>	F. % <sup>2</sup>	Gesamt	% <sup>2</sup>
1	49.907	27,49	10,50	84.698	28,82	17,81	134.605	28,31
2	38.302	21,10	8,06	60.167	20,47	12,65	98.469	20,71
3	35.202	19,39	7,40	54.748	18,63	11,51	89.950	18,92
4	27.306	15,04	5,74	42.445	14,44	8,93	69.751	14,67
5	18.757	10,33	3,94	34.930	11,88	7,35	53.687	11,29
6	8.924	4,91	1,88	11.563	3,93	2,43	20.487	4,31
7	3.170	1,75	0,67	5.355	1,82	1,13	8.525	1,79
<b>Gesamt</b>	<b>181.568</b>	<b>100</b>	<b>38,19</b>	<b>293.906</b>	<b>100</b>	<b>61,81</b>	<b>475.474</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> %<sup>1</sup> Basis ist die Gesamtzahl des jeweiligen Geschlechts. Lesebeispiel: 27,49 % aller männlichen Bezieher sind in Pflegestufe 1  
<sup>2</sup> %<sup>2</sup> Basis sind alle Pflegegeldbezieher, also beiderlei Geschlechts. Lesebeispiel: 10,50 Prozent aller Pflegegeldbezieher (M+F) sind Männer  
 Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen



erstmalige Zuerkennungen. Ein näherer Blick auf diese zeigt: In knapp der Hälfte der Fälle (38.568, also 48,2 Prozent der Zuerkennungen) wurde Pflegegeld der Stufe 1 gewährt, in 22,9 Prozent solches der Stufe 2. Pflegegeld der Stufen 6 und 7 wurde 1.230 Mal (1,5 Prozent) bzw. 496 Mal (0,6 Prozent) zuerkannt.

Noch häufiger wurden Anträge auf Erhöhung gestellt. 2022 wurden 112.887 solche Anträge erledigt, zuerkannt wurde die Erhöhung in 77,5 Prozent der Fälle.

Augenscheinlich fallen die Entscheidungen nicht immer zu Gunsten der Antragsteller aus. Mitunter führen die Meinungsverschiedenheiten zum Arbeits- und Sozialgericht. In den letzten Jahren bewegte sich die Anzahl der gerichtlichen Erledigungen nahe der Marke von 10.000 (2022: 10.117). Stattgegeben wurde nur selten: in 5,2 Prozent der Fälle. Auch Abweisungen gab es nur wenige (7,7 Prozent). Das Gros endete mit Vergleichen (45,1 Prozent) und Klagsrücknahmen (35,7 Prozent).

### **Knapp eine halbe Million Bezieher**

Insgesamt bezogen im Jänner 2024 laut Sozialversicherungsstatistik 475.474 Personen Bundespflegegeld, rund die Hälfte davon in den ersten beiden Stufen. 61,8 Prozent waren Frauen, 38,2 Prozent Männer.

Der Blick in die Vergangenheit lässt langfristig einen relativ kontinuierlichen Anstieg der Anzahl der Bezieher erkennen. Im Jahresschnitt 2023 gab es 476.228, um 1,55 Prozent mehr als 2022. Eine Verringerung gab es in jüngerer Vergangenheit lediglich 2021 (-0,28 Prozent).

Einen Blick in die Zukunft versuchen die im Februar 2024 vom Sozialministerium publizierten „Projektionen des öffentlichen Pflegeaufwands bis 2050“. Darin heißt es unter anderem: „Der Anteil der über 80-Jährigen an der

Gesamtbevölkerung wird sich bis 2050 fast verdoppeln. Die Daten der Bevölkerungsprognose zeigen, dass die Zunahme in den Jahren zwischen 2035 und 2050 noch stärker als in den Jahren davor ausfallen wird. Die Nachfrage nach Pflegeleistungen wird deshalb in den nächsten Jahrzehnten stark zunehmen.“

Weiters wird auf die Demographie hingewiesen: „Kommen im Jahr 2021 auf 100 Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren 11,2 Personen im Alter von 85 Jahren und älter, erhöht sich deren Zahl 2030 auf 17,4 Personen und 2050 auf rund 34 Personen.“

Die Anzahl der Pflegegeldbezieher wird dem Papier zufolge „im Projektionszeitraum 2021 bis 2050 in der mittleren Variante kontinuierlich steigen, von 467.000 auf über 730.000 (+57 Prozent)“, die damit verbundenen öffentlichen Kosten von 2,74 auf 9,17 Milliarden Euro (zu Preisen von 2021, die jährliche Valorisierung des Pflegegelds ist in der Berechnung berücksichtigt). Dies entspreche im Schnitt +4,3 Prozent pro Jahr.

### **Pflegeversicherungsgeschäft überschaubar**

So weit die staatliche Vorsorge. Und die private? Die Pflegeversicherung entwickelte sich 2022 mit einem Wachstum der Prämieinnahmen um 10,1 Prozent imposant – auf den ersten Blick. Denn in absoluten Zahlen hält sich das Volumen auf niedrigem Niveau: laut Versicherungsverband waren es 2019 und 2020 jeweils rund acht Millionen Euro, rund sieben 2021 und wieder rund acht 2022. Die Anzahl der Neuabschlüsse ist ebenso überschaubar. Sie bewegt sich regelmäßig im dreistelligen Bereich, 2022 waren es 879.

Die Anzahl der Risiken in der Pflegeversicherung blieb 2022 mit 22.168 leicht unter dem Niveau von 2021

(-2,1 Prozent) und war auch zuvor schon rückläufig (2021: -2,8 Prozent; 2020: -4,0 Prozent). Zahlen für 2023 liegen noch nicht vor.

### Was sind die Ursachen?

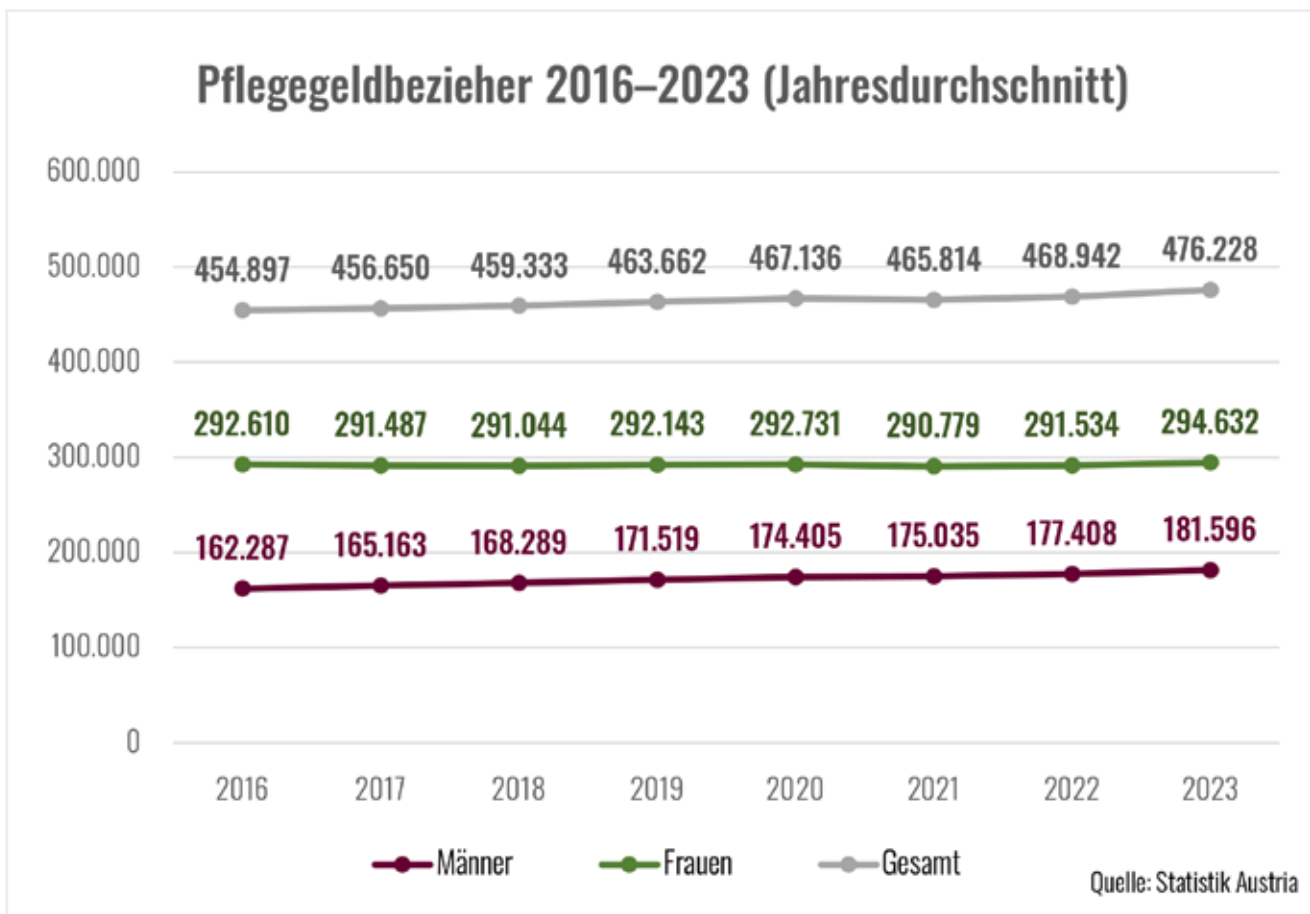
Das anhaltende Schattendasein der Pflegeversicherung mag insofern verwundern, als das Thema nicht zuletzt aufgrund der Pflegereform in dieser Legislaturperiode medial immer wieder präsent gewesen ist. Woran liegt es also?

Grundsätzlich leiste die Sozialversicherung bereits einen guten Beitrag, schickt die Uniqa in ihrer Antwort vorweg. Je nach Pflegebedarf könne damit aber nicht alles abgedeckt werden. Peter Eichler, Vorstand Personenversicherung und Asset Management, hält es aufgrund der demographischen Entwicklung und angesichts der Prognosen für den Pflegepersonalbedarf für „höchste Zeit, sich einer faktenbasierten und ehrlichen Diskussion zu stellen – und entsprechend zu handeln“. Denn obwohl das Thema gesellschaftlich relevant sei, seien die gesetzlichen Voraussetzungen und Anreize für den privaten Sektor genauso wie für die Kunden „derzeit nicht gegeben“.

Die Mehrheit unterschätze nach wie vor „das Risiko, im Alter pflegebedürftig zu werden, oder sie schiebt die Planung für den potenziellen Pflegefall auf die lange Bank, weil sie sich aktuell gesund fühlt“, sagt Sonja Steßl, Generaldirektor-Stellvertreterin der Wiener Städtischen. Des Weiteren sei der finanzielle Rahmen für Vorsorgemöglichkeiten vieler Kunden „krisenbedingt begrenzt“. Zu bemerken sei, dass Menschen, die aufgrund von Pflegefällen im unmittelbaren Umfeld mit dem Thema konfrontiert sind, „auch die Notwendigkeit der persönlichen Vorsorge erkennen und schätzen“.

Das Interesse an einer Pflegeversicherung werde oft von den gesetzlichen Gegebenheiten gesteuert, sagt Martin Sturzlbaum, Chief Insurance Officer Leben/Kranken bei der Generali: „Die Kosten privater Pflege stellen für die Betroffenen jedoch eine große finanzielle Herausforderung dar. Pflegeleistungen müssen zugekauft werden.“ Vor allem junge Menschen, so Sturzlbaum, müssten in eine Pflegeversicherung investieren. „Das Problembewusstsein ist aber generell zu niedrig.“

Die Donau sieht Ursachen für das begrenzte Interesse in den finanziellen Möglichkeiten, aber auch in der



Verdrängung des Problems – Motto: „Mich wird’s schon nicht treffen.“ Für viele sei auch das Versprechen der Politik auf eine langfristige Finanzierung und Sicherung der Pflege ein Grund, vom Versicherungskauf Abstand zu nehmen.

### Was tun?

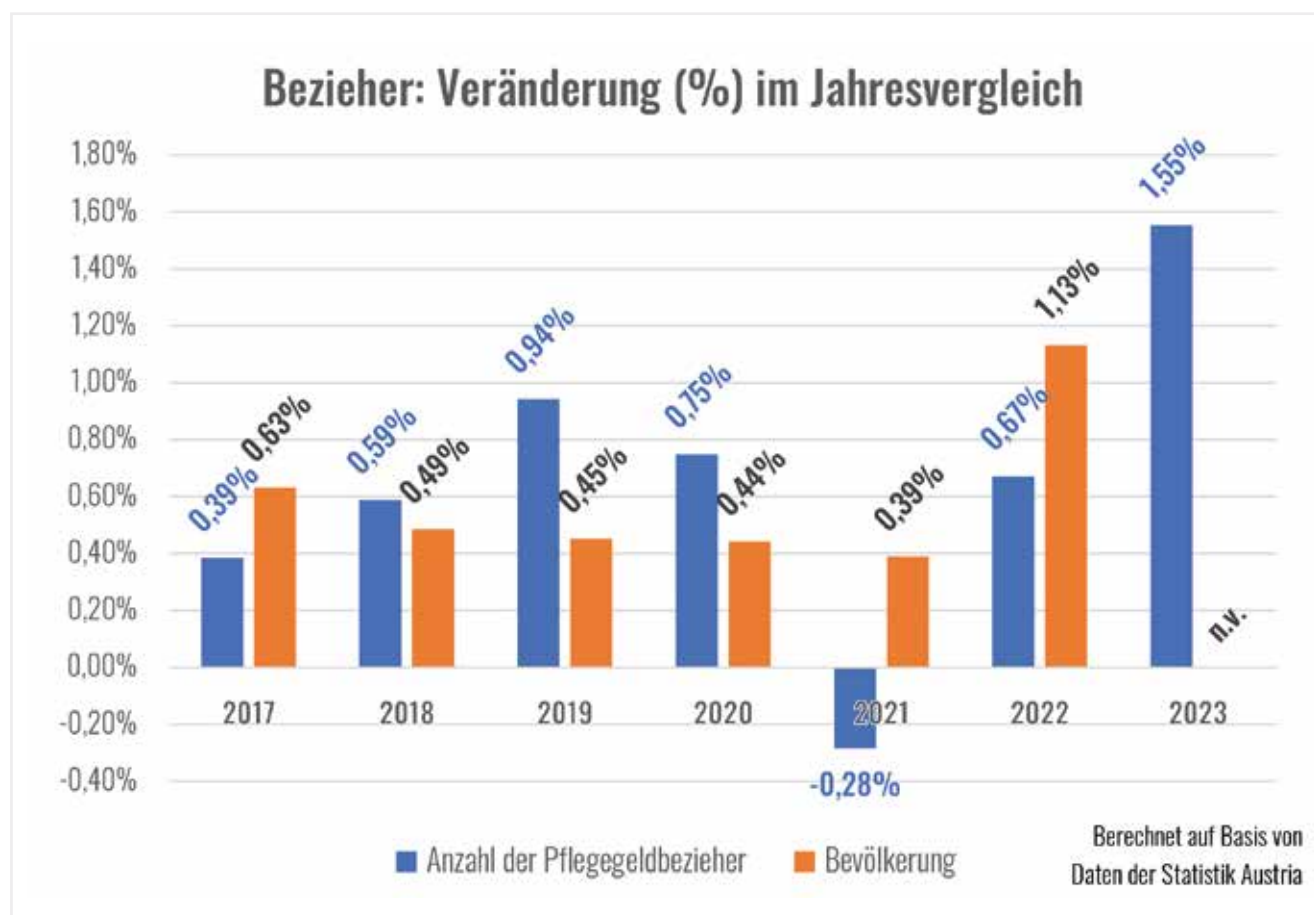
Was könnte also getan werden, um die Pflegeversicherungsichte zu steigern? Steuerliche Begünstigungen oder staatliche Förderungen könnten Anreize für Kunden sein, meint Eichler. „Wir sehen das Thema jedoch breiter“, verweist er auf Gesundheitservices im Rahmen des Uniqqa-Angebots Mavie sowie auf das Engagement der Uniqqa in der 24-Stunden-Betreuung mit Cura Domo.

Mit der Lebenserwartung steigen die Versorgungslücken im Bereich der Pflege, sagt Donau-Vorstandsdirektorin Edeltraud Fichtenbauer. „Wir sehen hier einen großen Bedarf, um abgesichert zu sein und das finanzielle Risiko zu reduzieren“, so Fichtenbauer. „Die staatliche Absicherung ist eine wichtige Basis, die tatsächlichen Bedürfnisse sind dann trotzdem oft schwer finanzierbar.“

Ein Ansatzpunkt wäre die prämiengünstigte Zukunftsvorsorge. Zur Reform derselben gibt es bereits seit geraumer Zeit eine Reihe von Vorschlägen, die auch die Einbeziehung der Pflegevorsorge umfassen. Diese könnte optional als Erweiterung angeboten werden. „Damit könnte der privaten Vorsorge für Pension und Pflege ein wichtiger Impuls gegeben werden“, so die Donau.

Die Städtische sehe es „als ihre Aufgabe, das so dringende Thema Pflege in den Köpfen der österreichischen Bevölkerung zu verankern“, sagt Steßl und betont, dass auch Junge pflegebedürftig werden können. Die Städtische kooperiere seit Jahren mit Gesundheitsdienstleistern und Hilfsorganisationen, um zu sensibilisieren, aufzuklären und „eine höhere Versorgungssicherheit im Pflegefall zu gewährleisten“.

Auch die Generali setzt auf Sensibilisierung: Ziel sei, Kunden zu informieren und „durch Beratung das Bewusstsein weiter zu stärken“, sagt Sturzbaum. „Die Herausforderungen beim Thema Pflege werden für alle Versicherungen weiterhin steigen.“ ■



# ARBEITSWERT bereits im Schulalter sichern lohnt sich

Mit der Berufsunfähigkeitsversicherung EGO Top profitiert Ihr Kind ein (Berufs-)LEBEN lang

- ab 10 Jahren möglich
- Versicherungsschutz von der Schulzeit bis zur Pension
- niedrige Prämien ein Berufsleben lang
- Traumjob Polizist:in oder Pfleger:in? Mit EGO Top bestens versichert!

Mehr erfahren unter [www.hdi-leben.at](http://www.hdi-leben.at)

**HDI LEBEN**  
 macht das Leben  
**lebenswert**

## Versichern Sie, was sich im Leben lohnt.